

Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG

„Thank you so much!“

Von Melanie Amann

Nun darf jeder wissen, was Burkhard Schwenker fühlt, nach sieben Jahren an der Spitze von Roland Berger...

Consulting Group verlässt, erzählen Berater, schreibt an jeden Kollegen im Land, dass er geht, wohin er geht...

Mit den Kollegen verbringen die meisten Menschen mehr Zeit als mit der Familie. Also spricht nichts gegen eine Abschiedskultur...

Nein, es muss eine Botschaft für die Ewigkeit sein. Zur Feier kommen ja vielleicht nicht alle...

Zum Abschied eine E-Mail an alle? Das kann peinlich werden.

Am Anfang stehen Demut und die Entschuldigung, sich aus so unwichtigem Anlass ins „Spotlight“ zu stellen.

Wir sind eine Partnerschaft. Es geht um UNS, nicht um mich! Es folgen Erfolgsmeldungen, verpackt als Motivations-training: Wir haben die Konjunktur richtig vorausgesagt...

Längst sind es nicht mehr nur die Mächtigen, die solche Botschaften versenden. Die E-Mail hat die Abschiedskultur demokratisiert.

Keine Branche pflegt die elektronische Abschiedskultur mehr als die Unternehmensberater.

Der Bürger ist der bessere Kassenwart

Wenn das Volk die Politik direkt bestimmt, wird der Staat sparsamer und effizienter

Drei Viertel der Deutschen wünschen sich mehr direkte Demokratie. Das ergaben Meinungsumfragen nach dem Hamburger Volksentscheid zur Schulreform.

Schon seit mehr als einem halben Jahrhundert forschen Ökonomen zu Fragen der neueren Politischen Ökonomie, auch „Public Choice“ genannt.

Aus der Vielzahl von Studien vor allem über die direkt-demokratischen Kantone der Schweiz oder die amerikanischen Bundesstaaten ergibt sich als recht robustes Ergebnis: Der Staat wird schlanker, wenn die Bürger direkt in die Politik eingreifen können.

mer agieren, seine Ausgaben sind deutlich niedriger. Zugleich ist die Steuerlast geringer. Nach einer Studie von Lars Feld (Heidelberg, jetzt Freiburg) und Gebhard Kirchgässner (St. Gallen) sind in jenen Schweizer Kantonen, die verpflichtende Referenden über Steuerfragen haben, die Ausgaben durchschnittlich um 6,5 Prozent geringer...

Theoretisch sollen Politiker in der Demokratie ja im Sinne des Volkes agieren. Im Ökonomenjargon werden die Politiker auch als „Agenten“ bezeichnet, wohingegen das Volk theoretisch der Souverän („Prinzipal“ – Auftraggeber) ist.

Bruno Frey von der Universität Zürich hat das Problem in der „American Economic Review“ so formuliert: Es gebe eine „classe politique“, die die Tendenz habe, sich zu einem Kartell zusammenzuschließen.

den Bürgern entfernt. Immerhin haben in der Schweiz die Wähler in den Volksabstimmungen erstaunlich oft, nämlich in 39 Prozent der Fälle seit 1848, gegen die Mehrheit des Parlamentes gestimmt.



DER SONNTAGS ÖKONOM VON PHILIP PLICKERT

Eines der heiklen Themen der Public-Choice-Forschung ist die Frage nach der Umverteilung. Gut organisierte Interessengruppen können Druck auf die Politik ausüben, um finanzielle Unterstützung, Subventionen oder Privilegien zu erhalten.

Schwenker: „Da ist was Besonderes in unserer DNA, ich weiß nicht genau, was“, sie erreicht den letzten Legionär im entlegensten Winkel Galliens.

Wo ein echter Brief pompös daherkommt, ist die Abschiedsmail der rhetorische „casual friday“, wie ihn die Unternehmensberater lieben: Ein geschriebenes Wort, übermittelt mit freundlicher Flüchtigkeit – hey, Leute, macht's gut!

Schwenkers Botschaft ist drei Seiten lang. Haben wir nicht von Beratern gelernt, dass jedes Problem eine Lösung hat, die auf eine Seite passt? Oder nein, wir haben gelernt, dass auf ein Power-Point-Slide nur drei Argumente passen.



Illustration Alfons Holzgreve

Im Gegensatz dazu hat eine Studie von Feld, Kirchgässner und Justina Fischer gezeigt, dass in direkt-demokratischen Kantonen weniger umverteilt wird. Die Referenden über Steuern und Ausgaben schieben einen Riegel vor die undurchsichtige „Schacherdemokratie“ – so der österreichische Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek.

Staaten oder Städte mit direkter Demokratie haben geringere Haushaltsdefizite als repräsentative Systeme. Das ist tendenziell das Ergebnis vieler Studien, die Kirchgässner ausgewertet hat, wobei die Ergebnisse aus der Schweiz eindeutiger sind als die aus Amerika.

Ein häufiger Einwand gegen Volksentscheide zu nationalen Entscheidungen über wichtige Fragen lautet, dass diese Praxis vielleicht in der kleinen Schweiz funktionieren mag, aber doch nicht in großen Staaten. Dieses Argument sticht nicht. Das zeigt die erste internationale Vergleichsstudie über 85 Länder aus Europa, Amerika, Asien und Afrika.

Lars P. Feld / Gebhard Kirchgässner: The political economy of direct legislation: direct democracy and local decision making, in: Economic Policy, Oktober 2001

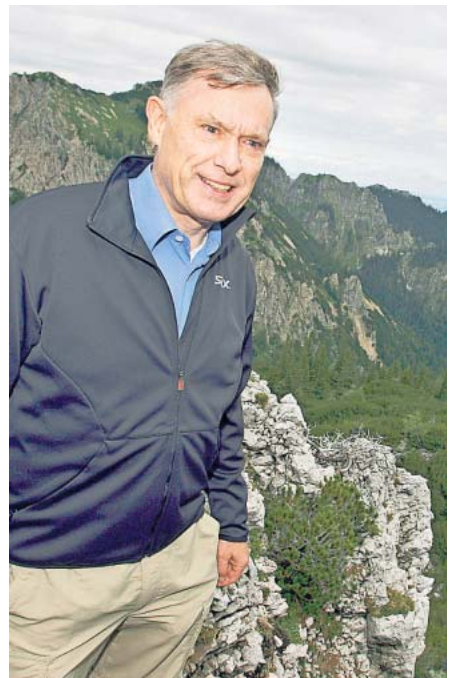
Bruno Frey: Direct democracy: political-economic lessons from Swiss experience, in: American Economic Review 1994

Lars P. Feld / Justina A. V. Fischer / Gebhard Kirchgässner: The Effect of direct Democracy on Income Redistribution: Evidence for Switzerland, CESifo Working Paper Nr. 1837, Oktober 2006

Lorenz Blume / Jens Müller / Stefan Voigt: The economic effects of direct democracy – a first global assessment, in: Public Choice, September 2009

Köhler

SEITE 1/POLITIK Zu „Exklusiv! Stille Tage auf Norderney“ von Bertram Eisenbauer (1. August): Der Bundespräsident a. D. Horst Köhler ging am 28. Juli, nachmittags um 15 Uhr, vom Großvenediger (Österreich) talwärts...



Köhler in den Bergen (2007) Foto dpa

terhalb des Defreggerhauses auf dem Weg zur Johannishütte. Nach seinen Angaben hatte er eine Tagestour zum Gipfel erfolgreich unternommen. Er wirkte trotz Stürnschweiß frohgut und wohlge-launt. Er hatte einen großen Vorteil uns gegenüber: Sein persönliches Tourgepäck auf dem Rücken war sehr überschaubar. Das scheint einerseits dem Unterschied

zwischen Tages- und Wochentour sowie andererseits dem zwischen Politprominenz und Normalmitglied einer Hochtourengruppe geschuldet zu sein. Außerdem: Sein Gipfelwetter war ungleich besser als das unsrige einen Tag später (eitel Sonnenschein vs. eisiger Wolkennebel).

Türkei

POLITIK Zu „Streitpunkt Türkei“ von Klaus-Dieter Frankenberger (1. August): „Ein Land, dessen Führung sich entsprechend selbstbewusst verhält.“

„Ein Land, dessen Führung sich entsprechend selbstbewusst verhält.“ Dazu passt, dass die Türkei die bekanntesten Internetportale „YouTube“ und „Google Maps“ seit Jahren gesperrt hat; diese sind dort verboten. Europa ist so fern!

Stefan Tribal, per E-Mail

Väter

POLITIK Zu „Das entfremdete Kind“ von Katrin Hummel (1. August):

Als betroffener Vater fragt man sich bei der Lektüre des Artikels, ob man träumt. Sollte die Öffentlichkeit endlich dieses tausendfache alltägliche Leid und Unrecht zur Kenntnis nehmen wollen? Seit Jahren lobt man die „neuen Väter“, denen ihre Kinder wichtiger sind als Karriere und Konsum. Diese „neuen Väter“ gibt es aber auch dort, wo sich Mütter dazu entscheiden, ihr Glück anderswo zu suchen, und dem Vater zusätzlich zu den Kindern gleich noch erhebliche Barmittel nehmen.

LESERBRIEFE

aufgebaut wurde. Welche Anmaßung und Heuchelei! Weil es nicht ins Bild passt, wird das „elterliche Entfremdungssyndrom“ gern totgeschwiegen. Man darf gespannt sein, was eigentlich aus einer Generation wird, die mit der Wahrnehmung aufwächst, dass Väter zum Zeugen und zum Zahlen da sind, ansonsten aber nichts zu sagen haben und auch gern mal am Nasenring durchs Dorf gezogen werden können.

Ralph Langner, Hamburg

Goethe

GESELLSCHAFT Zu „Goethe wäre froh über unseren Wortschatz“, ein Interview mit dem Sprachforscher Rudolf Hoberg, geführt von Markus Collalti (25. Juli):

Es ist wirklich eine Tragik um Goethe und damit auch um die deutsche Literatur: Was hätte der Olympier noch alles leisten können, wenn ihm die Glanzlichter des heutigen Wortschatzes zu Gebote gestanden hätten – von „gerade mal“ und „vor Ort“ über „außen vor“ und „nicht wirklich“ zu „spannend“ und „gut aufgestellt“. Tasso und die Iphigenie hätten vielleicht noch einen ganz anderen Drive gekriegt, und über allen Gipfeln

wäre „so was von“ Ruh“. Um aber ernsthaft zu werden: Es genügen drei oder vier Tage der Teilnahme am deutschen Fernsehprogramm, um zu wissen, dass die Einschätzung des Sprachwissenschaftlers Hoberg absurd ist, die Situation der deutschen Sprache sei besser als je zuvor.

Klaus Koch, Frankfurt

Duisburg

FEUILLETON/MEDIEN Zu „Ein einziger Blick in die Zukunft hätte doch gezeigt...“ von Stefan Niggemeier (1. August):

Dieser Artikel zu den Vorfällen in Duisburg hat mir voll aus dem Herzen ge-

Im Straßenverkehr starben vergangenes Jahr 4160 Menschen. Dies haben auch Politiker zu verantworten, die Autobahn- und Straßenmeistereien zusammenstreichen, was zu Unfällen führt, die nicht zugeordnet werden können. Wie „schön“ ist dann doch so ein Ereignis wie in Duisburg, wo man für 21 Menschen Betroffenheit mimen kann. Was sind eigentlich die Kriterien, bei wem man medial inklusive Bundeskanzlerin trauert?

Jens Wulf, Hilden, zu „Abschied in Duisburg“ (1. August)

sprochen. Es war die ganze Woche über unerträglich, wie selbsternannte Fachleute zu Verantwortung und Schuld Stellung bezogen haben und die Journalisten diesen Aussagen nachgelaufen sind, sie zum Teil selbst provoziert haben oder – noch schlimmer – durch ihre eigene „Fachkunde“ ersetzt haben. Um im Falle eines Unglücks oder Schadens diese Zusammenhänge zu analysieren und zu einem Urteil zu kommen, bedarf es intensiver Recherche, Zeit, Fachverstand und Unabhängigkeit – genau dafür haben wir Staatsanwaltschaften.

Völker Zintel, Hochheim

Kitas

WIRTSCHAFT Zu „Die Kita-Dividende“ von Rainer Hank (1. August):

Zugegeben, es mag sie ja geben an unseren mittlerweile über 350 Hochschulen: Professoren, die nicht forschen und auch nicht an Dienstleistungen beteiligt sind. Aber die Professoren, die jede Woche allein 50 Stunden und mehr mit ihren Diplomanden, Doktoranden und anderen Mitarbeitern forschen, Professoren, die außerdem lehren, die Drittmittel einwerben für ihr Institut, also für den Staat, weit mehr als dieser Staat ihnen als Gehalt zahlt, Professoren, die mit dem Geld, das sie selbst verdienen, für Doktoranden u. a. Drittmittelstellen schaffen, Professoren, die eine hervorragende Weiterbildung der jungen Akademiker ermöglichen, Professoren, die diese heißbegehrten, hochqualifizierten Akademiker Jahr für Jahr an die Wirtschaft – auch den Staat – abgeben, sind diese Professoren „skandalös überbezahlt“? Mir ist klar, Herr Hank, dass Ihr Beitrag eine nicht ernst zu nehmende Glosse ist. Dennoch, gaudium res severum (frei übersetzt: Die Gaudi hat einen ersten Hintergrund). Sie glauben

gar nicht, wie viele Entscheidungen von so etwas beeinflusst werden.

Prof. Dr. Karl T. Friedhoff, Hannover

Artenschutz

WIRTSCHAFT Zu „Millionen für Molche“ von Winand von Petersdorff (1. August):

Der Artikel ist ein wunderbarer Beleg für das Versagen der Politik und hat mich zum breiten Grinsen bei jedem



Feldbamster Foto Dorling-Kindersley

neuen Beispiel gebracht. Der Autor hat diesen zynischen Bericht wahrscheinlich auch ernst gemeint. Aber: Die Kosten wären für all diese Projekte nie so hoch gestiegen, wenn die Planer vorher Alternativen oder sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen in Betracht gezogen hätten, statt extrem teure Verbesserungsmakulatur im Nachhinein erbringen zu müssen. Alle Fälle, die beschrieben wurden, sind reine Planungsfehler, weil mit Scheuklappen geplant wird und wurde. Im Nachhinein bekommen die Naturschützer den Schwarzen Peter untergejubelt.

Markus J. Trepte, Schwalbach am Taunus

Leserbriefredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 60267 Frankfurt/Main. E-Mail-Adresse: Sonntagszeitung\_Politik@faz.de

Um möglichst viele Leserbriefveröffentlichungen zu können, sind wir leider häufig gezwungen, sie zu kürzen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.